

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Besuchstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochenenden bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In der Filiale Nr. Inf.-Anstalt:
Otto Krumm, Universitätsstr. 22,
Südliche Rathenauerstr. 15, u.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

15,300. Auflage
Abonnementpreis vierteljährlich 6/10, incl. Frangirung 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Inserate 5 gr. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut in-
termediärer Preisberechnung. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionstempel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung proannum oder
über die Postvorschrift.

No 116.

Freitag den 26. April 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Herstellung einer Schleuse III. Classe in der Moritz- und in der Erdmannstraße ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen.
Leipzig, am 23. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Baumemann.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zur Dampfheizung in der hiesigen Stadtwasserwerk auf die Zeit vom 1. Juli 1878 bis mit 30. Juni 1879 erforderlichen circa 40,000 Ctr. — 2,000,000 Kilogramm Kohlen soll vorbehaltlich der Auswahl unter den Submittenten an den Mindestfordernden vergeben werden. Offerten sind bis zum 29. Mai d. J. Abends 6 Uhr schriftlich und versiegelt an das Bureau der Stadtwasserwerk (Rathhaus, 2. Etage) abzugeben, wofür auch die Lieferungsbedingungen eingesehen und in Empfang genommen werden können.
Leipzig, 23. April 1878.

Des Raths Deputation zur Wasserwerk.

Bekanntmachung.

Während des Sommersemesters ist die Universitäts-Bibliothek Dienstags und Freitags Nachmittags nicht von 2-4 Uhr, sondern von 3-5 Uhr (das Feiertag von 2-5 Uhr) geöffnet.
Leipzig, den 25. April 1878.

Die Direction der Universitäts-Bibliothek.
Dr. Rehl.

Thomaschule.

Die Prüfung der angemeldeten Schüler wird veranstaltet in der neuen Schule:
1) für die Classen Prima bis Tertia eingeschlossen Sonnabend, 27. April, Vormittags 8 Uhr und Montag, 29. April, Vormittags 8 Uhr,
2) für die Classen Quarta bis Sexta Montag, 29. April, Vormittags 8 Uhr.
Dr. Eckstein.

Realschule II. Ordnung.

Montag den 29. April, Vormittags 8 Uhr: Zweite Aufnahmeprüfung (für die nach der 1. Aufnahmeprüfung angemeldeten Schüler).
Dienstag den 30. April, Vormittags 9 Uhr: Feierliche Aufnahme der neuen Schüler und Verteilung aller Schüler in ihre Classen.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Die Aufnahme der neu angemeldeten Schülerinnen findet Dienstag, den 30. April, früh 8 Uhr statt. Dieselben haben sich zu diesem Zwecke nebst sämtlichen übrigen Schülerinnen im Saale der 1. Bürgerschule zu versammeln.
Leipzig, 26. April.

Leipzig, 26. April.

Die „Provinzial-Correspondenz“ führt fort, gegen die Rationalliberalen zu hegen! Unter der Ueberschrift: „Finanzreform und Fraktionspolitik“ bringt das halbamtliche Blatt einen Leitartikel, in welchem es die Frage der Tabaksteuer und den aus Anlaß der Vorlegung des Gesetzes über die Tabaksteuer gefassten Beschluß der nationalliberalen Fraction beleuchtet. Das Blatt erinnert zunächst an die Haltung, welche die große Mehrheit des Reichstags bei der ersten Beratung über die Steuerfrage mit Bezug auf die Inbetrachtung weiter gehender Projekte beobachtet hat, und durch welche die Regierung eben zu der weiteren Vorlage veranlaßt worden sei. Das Blatt giebt einen Auszug aus den Reden, in welchen die Wünsche der Majorität ausgebrütet erschienen. Aus der Rede des Abgeordneten v. Stauffenberg wird u. a. folgendes mitgeteilt:

Die Frage des Bedürfnisses nach einer Steuerreform werde von ihm und seinen Freunden voll und ganz bejaht, nicht freilich vom Standpunkte der Reichswahlverwaltung allein, sondern wesentlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Einzelstaaten und insbesondere auf die Verhältnisse der Communen. Unter Steuerreform verstand er „die nach einem umfassenden Plane angelegte, für eine geraume Zeit endgültige Schaltung der dem Reich zulebenden Steuern, die den einzelnen Staaten gestattet, ihre Steuern systematisch zu reformiren, sie aufzuheben, wo sie überflüssig geworden (beraltet) sind, und neue Steuern, welche sie außerdem umlegen müssen, zu erziparen“. Das sei mit den geringen Erträgen der jetzigen Entwurfs, besonders der Tabaksteuervorlage nicht zu erreichen, — die Entlastung der Einzelstaaten würde eine unbedeutende sein, mit solchen geringen Erträgen sei eine wirkliche Steuerreform nicht durchführbar. Es sei nun nicht Sache des Reichstages, sondern Sache der Einzelstaaten zu entscheiden, — es sei richtig, daß der Tabak im Allgemeinen ein sehr steuerfähiger Gegenstand ist, es sei sicher, daß eine Reihe großer Culturstaaten es möglich gemacht habe, den Tabak in ausgiebiger Weise zu bebauen, — daß er ein einträglicher, für viele Personen wenigstens ein wichtiger Vermögensgegenstand ist, der nicht zu den Lebensmitteln gehört; das sei Alles ganz richtig; was sei daher zu warnen, jetzt in dieser Beziehung bestimmte Steuerpläne aufzusetzen zu betonen. In der Kenntniß in diesen Dingen ist wirklich nur das Reich, wir kennen weder ganz genau den Anbau, welchen die einheimische Industrie in dieser Richtung gewonnen hat — es lagen uns auch die Berichte, daß alle die umfassenden Vorbereitungen in dem Beziehung noch gar nicht abgeschlossen sind; wir kennen auch die auswärtigen Steuerverhältnisse kaum nicht so genau; um uns nach irgend einer Richtung hin zu engagiren.“ — Herr von Stauffenberg machte sodann den bekannten politischen Vorbehalt, daß jede umfassende Steuerreform abhängig sein muß von der vollen Wahrung der constitutionellen Rechte der Landesvertretung im Reich und in den einzelnen Staaten.

Auch der Abgeordnete Vastler — so führt die „Provinzial-Corr.“ weiter aus — tabelte an der jetzigen Vorlage zunächst, daß sie nicht „großartig“ genug angelegt sei. Er erklärte dann weiter: Eine Initiative für ein Steuersystem aus dem Reichstage sei nicht möglich. Es komme darauf an,

die Vortheile und Nachteile der verschiedenen Systeme abzumessen. „Wie viele Personen im Hause sind technisch vorbereitet, über die drei genannten Systeme eine Verhandlung fruchtbar zum Abschluß zu bringen und die schwere Verantwortlichkeit zu übernehmen, das eine oder andere System für die vortheilhafteste Grundlage der zukünftigen Besteuerung zu erklären?“ — „Ich bin nicht der Hoffnung, daß es möglich sein würde, auch nur technisch unter den drei in Frage gekommenen Systemen gewissenhaft zu einem Abschluß zu kommen und zu erklären: wir wollen das eine oder andere System annehmen. Für das Tabakmonopol, welches sehr stark in Concurrnz gesteht, ist schon durch den Ausspruch des Herrn Reichskanzlers, liegen, auch nur zur Entscheidung der Vorfrage, die Vorbereitungen nicht im entferntesten Maße vor. Denn selbst ein Gesetz, welches die Regierung ermächtigt, Ermittlungen über Umfang und Tragweite der Industrie anzustellen, ist doch erst ein vorbereitender Schritt zur Beschaffung des Materials, welches uns belehren soll, was das Monopol ausgemacht und was dafür zu leisten ist.“ — Vastler machte sodann im Anschluß an Herrn v. Stauffenberg auch seinerseits geltend, daß eine Steuerreform nicht in Aussicht zu nehmen sei, so lange nicht das Steuerbewilligungsrecht im Reich und in allen Einzelstaaten gewahrt sei. Nachdem der Abgeordnete diesen politischen Gesichtspunkt weiter ausgeführt, sagte er am Schluß seiner Rede das Gesamtresultat und den Gewinn der Verhandlung dahin zusammen: „Ein sehr erheblicher Theil dieses Hauses — ich glaube die Mehrheit — hat bereits ausgesprochen, daß er auf dem Standpunkte steht, daß Reich möglichst selbstständig in seinen Einnahmen stehen zu wollen. Dies ist allerdings ein bedeutendes Ergebnis. So theoretisch bis jetzt der Satz klingt, so giebt er doch eine solide Grundlage. Ebenso glaube ich, sagen zu dürfen, daß eine Mehrheit des Hauses anerkennt, daß der Tabak innerhalb eines großen finanziellen Planes und in definitivem Abschluß dieses Planes ein sehr steuerbares Object ist. Für diese Ansicht ist die Mehrheit sogar noch größer als die früher erwähnte, denn ich habe auch der Mitte des Hauses nur einen einzigen Redner, den Herrn Abgeordneten Richter, gehört, der mit Entschiedenheit gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer überhaupt sich aussprach. Immerhin ist es ein bedeutendes Zeichen, daß die große Mehrheit des Hauses den Tabak als ein sehr steuerbares Object anerkennt hat, und daß die Mehrheit des Hauses die Ausbildung des Systems der eigenen Einnahmen im Reich nicht allein für ein finanzielles, sondern auch in einem höheren Sinn für ein politisches und national erstrebendes Ziel hält.“

Hieran knüpft nun die „Prov.-Corr.“ folgende Schlussbetrachtungen: Angesichts dieser Verhandlungen war die Regierung unweifelhaft zu der Annahme berechtigt, daß es der nationalliberalen Partei vorbehalten die politischen Forderungen voller und ganzer Ernst sei mit einer „weittragenden“ Steuerreform im Reich, zugleich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Einzelstaaten und der Communen, daß für eine solche „große“ Reform vor Allem die Tabaksteuer in möglichst reicher Ausnutzung in Anspruch zu nehmen sei, und daß zu solcher Ausnutzung die Einführung des Tabakmonopols oder des amerikanischen Systems geeigneter erweise, als die vorgelegene bloße Erhöhung der bisherigen Tabaksteuer. Wenn der Reichstag, nach den Ausführungen des Abg. Vastler, noch nicht in der Lage war, unter den in Frage gekommenen Systemen „gewissenhaft zu einem Abschluß zu gelangen“ und für das eine oder andere

System „die schwere Verantwortung zu übernehmen“, — so war doch nach allen jenen Aeußerungen sicher nicht zu erwarten, daß die nationalliberale Partei, in Bezug auf die beiden hauptsächlichsten Systeme, kurzer Hand einen vorgehenden, schlechthin abweisenden Beschluß fassen könnte. Es war vielmehr ausdrücklich auf ein Gesetz, welches die Regierung ermächtigt, Ermittlungen über Umfang und Tragweite der Industrie als vorbereitenden Schritt namentlich zur Belebung des Reichstages hingewiesen. Dieses Gesetz ist nun vorgelegt und harrt der Beratung im Reichstage. Die nationalliberale Presse aber kündigt an, daß die Fraction bereits den Beschluß gefaßt habe, den beabsichtigten Ermittlungen zwar nicht entgegenzutreten, sich aber dabei im Voraus gegen die Einführung des Tabakmonopols, sowie jeder anderen Besteuerungsform des Tabaks, welche annähernd so viel einbringen würde, als das Monopol, zu erklären, und die Ausdehnung der Untersuchung auf das Monopol abzulehnen. Dieser Fraktionsbeschluß wird nicht etwa auf die sogenannten constitutionellen Bedenken gestützt, sondern vorzugsweise auf den Widerspruch gegen „eine ausgreifende und radicale Finanzpolitik“. Dieselben Politiker also, welche das bisherige Project verwerfen, weil es nicht „großartig“, nicht „weittragend“ genug sei, — erklären sich jetzt gegen eine „ausgreifende“ Finanzpolitik. Dieselben Männer, welche vor sechs Wochen den Reichstag nicht für technisch vorbereitet hielten, um ein Urtheil über die verschiedenen Systeme abzugeben, sind jetzt in der Fraction ohne Weiteres erleuchtet genug, um gerade das System, für welches der Ausspruch des Reichskanzlers am entschiedensten ist, als ein „nicht erstrebendes Object“ schlechthin abzulehnen, — das Gesetz, welches den Reichstag belehren sollte, „was das Monopol gewährt und was dafür zu leisten ist“, soll jetzt auf das Monopol gar nicht ausgebeutet werden.

Der Widerspruch zwischen der obigen Reihe von Aeußerungen und der jetzigen Ankündigung ist so greifbar, so absonderlich, daß es vorläufig erlaubt sein wird, den angeführten Beschluß nicht für einen ernsthaft gemeinten zu halten, demselben vielmehr die Bedeutung eines politischen Schachzuges beizulegen. Sollte er ernst gemeint sein, so würde er eine neue Bekätigung für die von der „Nationalzeitung“ am 30. October vorigen Jahres ausgeführte Nothwendigkeit sein, „die Art an die Wurzel des Uebels, die Fraktionspolitik, zu legen“; — eine neue Erinnerung an die damals ausgesprochene Warnung, daß „das Parlament kein Sprechsaal für Ideen sein darf, die in jedem Zwischensalle nach allen Richtungen der Windrose auseinandergehen, sondern eine Rührschraube zur Befriedigung realer öffentlicher Bedürfnisse.“

So weit das halbamtliche Blatt, welches gewisse Aeußerungen nationalliberaler Redner und Blätter je nach Belieben heranzieht und zusammenfassen, gleichwohl aber nicht im Stande ist, auch nur einen Scheinbeweis dafür anzutreten, daß die Nationalliberalen früher für das Tabakmonopol oder eine ähnliche Tabaksteuer gewesen wären, während sie sie jetzt verwerfen. Auch aus den obigen, von der „Provinzial-Correspondenz“ tendenziös zurecht gestutzten Auszügen ist nicht im Geringsten zu entnehmen, daß die Führer und Sprecher der Partei in dieser Beziehung Erklärungen abgegeben, welche die Partei selbst jetzt zurückgenommen hätte. Es ist richtig, daß die Herren v. Stauffenberg, Vastler u. s. w. auf eine durchgreifende und umfassende Steuerreform ge-

Höhere Schule für Mädchen.

Die bereits aufgenommenen Schülerinnen versammeln sich Montag, den 29. April, Morgens 8 Uhr im Turnsaale. Die Prüfung der nachträglich angemeldeten Schülerinnen findet um 10 Uhr statt.
Leipzig, den 24. April 1878.

Dr. W. Kölsche.

Erste Bürgerschule für Knaben.

Die Aufnahme der für die 1te und 2te Classe angemeldeten Schüler findet Montag, den 29. April, Vormittags 10 Uhr im Saale der 1. Bürgerschule statt. Diejenigen, welche in höhere Classen aufgenommen worden sind, haben sich an demselben Tage früh 8 Uhr gleichfalls im Schulsaal einzufinden.

C. Reimer, Director.

Dritte Bürgerschule für Knaben.

Die Aufnahme der neu eintretenden Schüler findet Montag, den 29. April e., Vormittags 9 Uhr im Schulsaal statt.

Director Karl Richter.

Vierte Bürgerschule.

Die Aufnahme der angemeldeten Kinder findet Montag, den 29. April, Vormittags 9 Uhr im Schulsaal statt.

Dr. Zimmermann, Dir.

Zweite Bezirksschule.

Die Aufnahme der angemeldeten Kinder findet Montag, den 29. April, Vormittags 9 Uhr im Schulsaal statt.

E. Schür, Director.

Vierte Bezirksschule.

Die Aufnahme der angemeldeten Kinder findet Montag, den 29. April, Vormittags 9 Uhr in dem Schulsaal statt.

Dir. Urbach.

Fünfte Bezirksschule.

Die Aufnahme der angemeldeten Kinder findet Montag, d. 29. April e., Nachmittags 3 Uhr Hospitalküche 3 im Schulsaal statt.

Director Kraus.

Bereinigte Freischule.

Die Aufnahme der neuen Höflinge, sowie die als Bürgerschüler angemeldeten findet Montag, den 29. April, früh 10 Uhr im Schulsaal statt.

Director L. Thomas.

Da die als verloren angezeigten Pfandbriefe Lit. J. Nr. 70,805 und 71,703 bis dato nicht eingeliefert worden sind, so werden sie nach § 21 der Leipziger Vertheilungs-Ordnung hiermit für ungültig erklärt.
Leipzig, den 24. April 1878.

Die Verwaltung des Erbbaues und der Sparcasse.

brungen und für den Fall einer solchen Reform eine ausgiebigere Veranlagung des Tabaks für zulässig erklärt haben. Doch haben sie niemals einen einseitigen Beschluß dieses Artickels das Wort geredet, niemals eine Bewilligung des Monopols oder der Fabriksteuer zugesagt. Die Frage war zur Zeit der Steuerdebatten im Reichstage eine vollkommen offene, und wurde in akademischer Weise erörtert. Inzwischen ist aber durch die Vorlage bezüglich der Tabaksteuer die Lage verändert; diese Vorlage geht direct auf das Monopol oder eine in ähnlicher Weise einschneidende Steuer los, sie legt uns die Pistole auf die Brust und nöthigt uns, eine entschiedene Stellung zu nehmen. Wir sollen uns entscheiden, ob wir zu einer Vernichtung des deutschen Tabakhandels und -Gewerbes die Hand bieten und der Regierung die Mittel zu den hierfür erforderlichen Vorarbeiten bewilligen wollen. Unsere Partei hat einstimmig die Frage verneint, zugleich aber wiederholt erklärt, daß sie einer höheren Besteuerung des Tabaks in gewissen Grenzen nicht entgegen ist. Wir können in der That nicht einsehen, wo hier ein Widerspruch sein soll; vielmehr konnte die Partei kaum logischer und consequenter handeln. Nicht sie, sondern die regierenden Kreise haben ihre Meinungen und Absichten geändert, und wenn die „Provinzial-Corresp.“ sich erlaubt, den Beschluß der Fraction als einen „nicht erstrebend gemeinten“, als einen „politischen Schachzug“ hinzustellen, so spiegelt diese herausfordernde Sprache nur zu sehr den Stimmungs- und Tonwechsel wider, der jetzt in den oberen Regionen eingetreten ist. In diesen gilt jetzt das Wort: „Tempora mutantur et nos mutant in illis!“

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. April.

Nach der „Provinzial-Corr.“ ist das Befinden des Kaisers wieder ein durchaus glänzendes. Das Blatt bestätigt überdies, daß die Reise des Kaisers nach Wiesbaden zweifelhaft geworden und vorläufig vertagt ist.

Aus Friedrichstraße wird der „Befr.-Ztg.“ unterm 24. April gemeldet: Die Krankheit Bismarck's ist kein altes Leiden. Dasselbe ist nicht gefährlich und nimmt normalen Verlauf.

Ein Wolff'sches Telegramm meldet dagegen die Erkrankung des Reichskanzlers an der Gürtelrose. Die „Gürtelrose“ oder „Gürtelherpes“ (Herpes zoster, Zona) zeigt sich meist nach bestiger Neuralgie in Form eines entzündeten, mit Bläschen besetzten Hautkreises, welcher dem Verlauf des schmerzhaften Nervenstammes folgt; sie kommt am ausgeprägtesten in Form eines halben Gürtels an der Taille — daher der Name — aber auch an anderen Körpertheilen vor. Der Verlauf dauert in der Regel drei bis vier Wochen; während der Blüthe des Ausschlags hält die Neuralgie noch an; häufig ist auch einige Tage lang ziemlich lebhaftes Fieber vorhanden.

In dem Befinden des Reichstags-Abgeordneten